



## Geplantes Edeka-Fleisch- und Wurstwerk in Rheinstetten:

# Karlsruhe stimmt Vorhaben zu

## OB, CDU, SPD und Die Linke dafür / Kleinere Fraktionen dagegen

Dem von der Firma Edeka geplanten Fleisch- und Wurstwerk in Rheinstetten-Forchheim östlich des Messerings und nördlich der Messeallee steht nichts mehr im Wege: Der Karlsruher Gemeinderat hat in seiner jüngsten Plenarsitzung am Dienstag nach ausführlicher Debatte mit klarer Mehrheit den Vertretern

der Stadt Karlsruhe im Nachbarschaftsverband empfohlen, ihr Stimmrecht in der Verbandsversammlung im Sinne eines nachbarschaftlichen Einvernehmens einzusetzen und der für das Projekt notwendigen Einzeländerung des Flächennutzungsplans in Rheinstetten-Forchheim zuzustimmen.

Der geplante Betrieb soll künftig der Versorgung der Edeka-Märkte im gesamten südwestdeutschen Raum mit Fleisch- und Wurstwaren dienen. Bereits im Februar des vergangenen Jahres hatte der Gemeinderat der Stadt Rheinstetten beschlossen, einen Vorhaben bezogenen Bebauungsplan für dieses Projekt aufzustellen. Die Stadt Karlsruhe wurde als Nachbargemeinde mehrfach um Stellungnahme zu dem Bebauungsplan gebeten und hat sich auch immer entsprechend geäußert. Sie hat sich insbesondere dafür eingesetzt, die Erholungsnutzung in dem Landschaftsraum weitgehend zu erhalten und die befürchteten Störungen und Beeinträchtigungen der südlichen Karlsruher Stadtteile zu minimieren.

In der Diskussion meinte die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Doris Baitinger, die Entscheidung sei den Sozialdemokraten nicht leicht gefallen. Ihre Zustimmung erfolge aufgrund einer sorgfältigen Abwägung Die Gutachten bewiesen, dass die

Beeinträchtigungen für Karlsruhe nicht so gravierend seien, um in die Planungshoheit der Nachbargemeinde einzugreifen.

Stadtrat Dr. Hans-Jürgen Vogt schloss sich in der Debatte für die CDU-Fraktion grundsätzlich der Argumentation seiner Vorrednerin an. Auch er sprach von keiner leichten Entscheidung, weil sich viele Bürger von dem Projekt betroffen fühlten. Die in dem Verfahren vorgetragenen Bedenken, seien jedoch weitgehend berücksichtigt worden. Dagegen blieben die Grünen bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung. Fraktionsvorsitzende Bettina Lisbach verwies auf die Belastungen und Eingriffe, die das Vorhaben mit sich bringe. „Die Grünen können keiner Planung zustimmen, die so in unsere Belange eingreift“, sagte Lisbach.

Für FDP/Aufbruch bekräftigte Fraktionsvorsitzende Rita Fromm ebenfalls die ablehnende Haltung der Liberalen. Sie befürchtete, dass mit der Zustimmung zu dem Edeka-Vorhaben ein Präzedenzfall

geschaffen werde. „Wenn in der Nachbarschaft der Messe ein messeähnliches Projekt geplant wäre, könnten wir zustimmen“, betonte Stadträtin Rita Fromm.

KAL-Fraktionsvorsitzender Lüpke Cramer warf den Fraktionen von CDU und SPD vor, das Problem herunter zu reden und sich nicht für die Karlsruher Belange zu interessieren, sondern das Geschäft der Landesregierung zu betreiben. Er bezeichnete es als Skandal, dass der Verkaufspreis nicht veröffentlicht werde. Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) meinte, bei Rationalisierungen in Betrieben würden immer Arbeitsplätze entfallen. Im Hinblick auf die Arbeitsplätze, die Edeka in Rheinstetten schaffe, könne er dem Projekt zustimmen.

Oberbürgermeister Heinz Fenrich wies darauf hin, dass sich der Gemeinderat mehrfach und gründlich mit dem Vorhaben befasst habe. Man dürfe, so der OB, Gutachten nicht niedermachen, nur weil sie einem nicht gefielen. -rof-

## Zuschuss für die Heimstiftung

Die Karlsruher Heimstiftung bekommt einen Betriebskostenzuschuss über 1,4 Millionen Euro. Die überplanmäßige Ausgabe für 2008 hat der Gemeinderat am Dienstag einstimmig beschlossen. Zwei Gründe führt die Heimstiftung für die Entstehung des Defizits an: Zum einen die 2006 begonnene Generalsanierung des Seniorenzentrums Parkschlössle und die Verteilung der Bewohnerinnen und Bewohner während der Bauzeit auf verschiedene Standorte, zum anderen die Personalkosten der insgesamt drei Pflegeheime, die stärker stiegen als die Erlöse aus den Pflegsätzen. Für den laufenden Betrieb der Einrichtungen der Heimstiftung wurde eine Wirtschaftlichkeitsanalyse in Auftrag gegeben, die Kosten und Abläufe prüft. Die Ergebnisse bilden die Basis für weitere Entscheidungen. -maf-

## In den Ferien Schulen sanieren

Weil der Doppelhaushalt erst im April beschlossen wird und dann möglicherweise nicht mehr genügend Zeit ist, um Schul-Sanierungen in den Sommerferien in die Wege zu leiten, hat die GRÜNE-Fraktion eine Initiative gestartet. Verschiedene dringende Maßnahmen sollten daher im gesetzlichen Rahmen vorgezogen werden. Die Verwaltung nannte in ihrer Antwort sechs Baumaßnahmen, die sie in Angriff nehmen will. Für Stadträtin Anne Segor war diese Auskunft unklar und unvollständig. Sie kündigte daher eine detaillierte Anfrage an. Diese aber, so SPD-Stadträtin Ursula Paepcke, sei nicht notwendig. Die Maßnahmen stünden im Haushalt und es bestehe keine Verzugsgefahr. Auch für Dr. Klaus Heilgeist (CDU) und Karl-Heinz Jooß (FDP/A) war die Antwort zufrieden stellend. -erg-

## Mit Nuklidkarte für Stadt werben?

„Die weltberühmte Karlsruher Nuklidkarte so zu nutzen, dass unsere einmalige Kernforschungskapazität in der Karlsruher Technologieregion in der globalen Wissenschaft noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht werden könnte“, forderte ein von Töm Hoyem begründeter FDP/A-Antrag. „Der Karlsruher als solcher wäre bei Nachfragen wohl eher ratlos“, hatte Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Bedenken, ob das Ordnungsschema der Atomsorten als Marketinginstrument taugte. Andreas Ruthard (GRÜNE) sah „das spröde Thema“ als trojanisches Pferd um Kernenergie ins Gespräch zu bringen. Bei der Neuausrichtung des Stadtmarketings soll das Thema beraten werden, schloss sich Tilman Pfannkuch (CDU) mit den übrigen Ratsmitgliedern dem entsprechenden Vorschlag der Verwaltung an. -fis-



# Schnelle Umsetzung